

PROF. DR. WOLFGANG R. LANGENBUCHER

ANDREAS RUZSITS

Investigativer Journalismus in den USA und seine gesellschaftlichen Grenzen

- Das Beispiel der Iran-Contra-Affäre -

Die Freiheit journalistischer Berufsausübung ist ein Schlüsselement, nein: das Schlüsselement demokratischer Kommunikationsfreiheit. Die Journalisten trifft es in der Regel als erste, wenn die Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einschränkungen für notwendig halten. Dabei müssen selbst in funktionierenden Demokratien Judikative und Exekutive gar nicht förmlich tätig werden, um systematisch enge Grenzen zu setzen. Auch ohne Rechts- und Gerichtsakte hinterlassen die gesellschaftlichen Bedingungen der Medienordnung und ihre Traditionen Spuren in den Medienangeboten: „Dies ist zum Beispiel beim Berichterstattungsmuster des investigativen Journalismus der Fall, der bestimmte historische, rechtliche, politische und kulturelle Voraussetzungen hat.“¹

Der Begriff investigativer Journalismus geht auf das lateinische Verb *investigare* (= aufspüren, erkunden, ausfindig machen) zurück. Für einen dieser Form journalistischer Arbeit verpflichteten Reporter sind Assoziationen mit Begriffen wie „Spürhund“ oder „Detektiv“ beliebt; auch wird von „Enthüllungsjournalismus“ gesprochen. Charakteristisch ist, daß solche journalistische Arbeit in der Regel mit einem hohen Kosten-, Personal- und Zeitbedarf verbunden

* Dieser Beitrag baut auf der (unveröffentlichten) Diplomarbeit von Andreas Ruzsits auf: *„Irangate. Investigativer Journalismus und die Iran-Contra-Affäre. Eine Analyse anhand von fünf ausgewählten US-Magazinen, Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien Juni 1986“*. Dort findet sich auch ein umfangreicher Literaturnachweis (S.140 - 157).

¹ Armin Scholl / Siegfried Weischenberg, *Journalismus in der Gesellschaft, Theorie, Methodologie, Empirie*, Wiesbaden 1998, S. 259

ist, was sich meist nur große, gewinnträchtige Medien leisten können. So ist naturgemäß auch in den USA der „Second-hand-Journalismus“ der tägliche, von einer potenten Public-Relations-Industrie gestützte, Normalfall. Essentiell ist die berufliche Moral des Investigators: er ermittelt im öffentlichen Interesse.²

Dabei ist diese - in den USA traditionsreiche - Form journalistischer Arbeit rechtlich und durch den Konsens der Eliten in diesem Lande auf eine Weise geschützt und legitimiert, die für europäische Staaten unvorstellbar ist. Dies zeigen zum Beispiel die Ergebnisse vergleichender Untersuchungen über die Bewertung unterschiedlicher Recherchemethoden, z.B. in Deutschland und in den USA.

Tabelle 1: Einstellungen zu Recherchemethoden im internationalen Vergleich

Länder	BRD *	USA	Australien	Türkei **
Recherchemethode	n=1.192	n=1.156	n=1.068	n=595
Vertrauliche Dokumente benutzen	56 (59)	81	79	94
Unter falschem Namen arbeiten	21 (53)	63	46	95
Falsche Identität benutzen	19 (46)	22	13	89
Für vertrauliche Informationen bezahlen („Scheckbuchjournalismus“)	19 (42)	20	31	65
Informanten unter Druck setzen	3 (13)	49	55	86
Persönliche Unterlagen ohne Erlaubnis benutzen	2 (12)	47	39	58
Informantenschutz nicht einhalten	1 (9)	5	4	28

Die Zahlen geben den prozentualen Anteil derer wieder, welche die Methode für gerechtfertigt halten.

* In Klammern: inklusive Antwortkategorie teils/teils

** Inklusive Antwortkategorie „unter Umständen“

Und trotzdem bedarf es selbst in diesem Lande keiner Gerichte und keiner neuen Gesetzgebung, um auch einen solchen Journalismus harten Restriktionen zu unterwerfen. Dies lehrt eine Analyse der sogenannten Iran-Contra-Affäre zur Regierungszeit von Ronald Reagan, wo das Meinungsklima der politischen Öffentlichkeit und die Behandlung der Massenmedien durch die damalige Admi-

² Michael Haller, *Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten*. München, 3. Aufl. 1989, S. 81

nistration einen nachweisbar unmittelbaren Einfluß auf die Potenz und Professionalität dieser amerikanischen Spezialität von Enthüllungsjournalismus ausgeübt haben.

Die Sache, um die es ging, war peinlich genug: Die USA lieferten illegal Waffen an den Iran und leiteten die Verkaufserlöse an die Kontrarebellen in Nicaragua weiter. Ganz entgegen dem seit der Watergate-Affäre institutionalisierten journalistischen Anspruch auf die Vertretung öffentlicher Interessen gegen öffentliche Institutionen sowie gegen Träger staatlicher Macht und dem medialen Selbstbewußtsein, die Öffentlichkeit als die wahre „Vierte Gewalt“ im Staat hinter sich zu haben, gelang es der Regierung, diese Gewichte nun wieder zu verschieben.³ Durch die Kombination aus gesteuerter Information (Verlautbarungen) und ebenso gesteuerter Nicht-Information (vor der Öffentlichkeit zurückgehaltenen Material) besitzen die Herrschenden ja im Prinzip immer einen Vorsprung im gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß, den nur harte journalistische Recherche in Frage stellen kann.

Dabei ist inzwischen aus vielen Untersuchungen - auch in Deutschland oder Österreich - klar geworden, daß die meisten Enthüllungen von sogenannten „undichten Stellen“ („leaks“) abhängig sind. Damit sind Informanten gemeint, die in der Regel auf beruflichem Wege an brisantes Insidermaterial (z.B. vertrauliche Auskünfte oder belastende Dokumente, Fotos, Computerausdrucke usw.) herankommen und dieses dann - in der Regel anonym - an einen Journalisten oder an einschlägig interessierte Medien weitergeben. Der Journalist kann mit seinen Recherchen erst beginnen, wenn er derartiges Material zugespielt bekommt. Bei einschlägig interessierten Magazinen beispielsweise mangelt es an derartiger Materialzufuhr nicht. Die investigative Arbeit beginnt damit, die Spreu vom Weizen zu trennen und jene wenigen wirklich brisanten und skandalträchtigen Fälle zu identifizieren, die eine systematische Recherche lohnen und eine Veröffentlichung rechtfertigen. Daß es dabei nicht immer nur um hehre demokratische Ideale, sondern auch um Marktanteile und Publikumerwartungen geht, darf für ein kommerzielles Mediensystem als Trivialität gelten.⁴

Wie gerade der hier analysierte Fall der Iran-Contra-Affäre zeigt, dürfte dieses Rezipientenklima - jenseits von politischen oder rechtlichen Maßnahmen - eine

³ Michael Haller, a.a.O., S. 37

⁴ Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.): Journalismus & Journalismus. Plädoyers für Recherche und Zivilcourage, München 1980 (=Praktischer Journalismus 3).

besonders harte Restriktion für die praktische journalistische Arbeit darstellen. Wenn die Käufer die Produkte der Investigation gelangweilt liegenlassen, so verlieren diese nicht nur ihre ökonomischen Möglichkeiten, sondern nach der Marktlogik der Demokratie auch ihre moralische Legitimation. Dieses positive Rezipientenklima zu schaffen, gelang dem amerikanischen Journalismus auf nachhaltige Weise Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in der Ära Nixon in den Affären My Lai-Massaker, Pentagon Papers und insbesondere Watergate.

Die Affäre Watergate ist bis heute sozusagen das Verdichtungssymbol eines Mythos. Eine besondere Rolle spielte beim sukzessiven Aufbau dieses Themas die „Washington Post“ mit ihren Reportern Bob Woodward und Carl Bernstein. Sie war die einzige Zeitung, die von Anfang an über diesen Fall berichtete und auch schon früh intensivere Recherchen anstellen ließ. Die anderen Zeitungen und Magazine und das Fernsehen folgten sehr viel später, in der Regel sogar erst ab dem 23. März 1973, als vor Gericht ein Brief des Watergate-Einbrechers Cord verlesen wurde, in dem dieser von Einschüchterungsversuchen aus dem Weißen Haus gegen ihn und seine Komplizen und von Meineiden, die er geleistet habe, sprach.

Die Reporter und spätere Pulitzer-Preisträger Woodward und Bernstein hatten sicherlich den größten Anteil an der Glorifizierung des investigativen Journalismus als Folge der Watergate-Enthüllungen. Das könnte nicht zuletzt an dem von ihnen geschriebenen Buch „All the President's Men“ sowie an dem 1976 gedrehten Hollywood-Spielfilm „Die Unbestechlichen“ (mit Robert Redford als Woodward und Dustin Hoffman als Bernstein) gelegen haben. Denn Buch und Film gaben den zum Teil semi-legalen Recherchemethoden des Duos den Charakter des Geheimnisvollen, bei jedoch stets gewahrter Rechtschaffenheit. Besonders mysteriös wurde der bis heute nur Woodward bekannte Informant „Deep throat“ dargestellt, der bereits recherchiertes Informationsmaterial durch ein Ja oder Nein bestätigte bzw. entkräftigte. Nur nebenbei: Anfang der 90er Jahre gab es Mutmaßungen, daß sich hinter dem geheimnisvollen Informanten Deep throat der ehemalige Außenminister der Reagan-Administration Alexander Haig verborgen hat.⁵ Jedenfalls hat die Mythologisierung nachhaltig dazu beigetragen, daß Watergate heute als ein Inbegriff sowohl des politischen Skandals als auch des investigativen Journalismus angesehen wird. Die Endsilbe „-gate“ ist dabei zu einer Art sprachlichem Erkennungszeichen geworden, das mittlerweile - und dies nicht nur in den USA - an viele Staatsaffären ange-

⁵ Der Spiegel, Nr. 22 / 45. Jg. vom 27. 5. 1991, 146

hängt wird - so etwa wenn die Vorgänge um den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Uwe Barschel als „Waterkantgate“ etikettiert wurden.

Wie sah das Klima für „Irangate“ in der Regierungszeit Ronald Reagan aus? Was waren die politischen Grundströmungen in den USA der 80er Jahre? Und welchen Einfluß übte dieses Meinungsklima auf mögliche Enthüllungen in den Massenmedien aus? Reagans Amtszeit (1981-1989) wurde ja durch einen spezifischen Neokonservatismus geprägt. Schon hier sei notiert, daß dieses Meinungsklima einen unmittelbaren und in diesem Falle hemmenden Einfluß auf den investigativen Journalismus ganz generell und insbesondere im Falle der Affäre Irangate ausgeübt hat. Die Mehrzahl der US-Bürger wollte in dieser Phase offensichtlich keine Skandalenthüllungen über einen Präsidenten akzeptieren, der sie mit seiner konservativen Grundhaltung wieder verstärkt an die klassischen amerikanischen Werte glauben ließ und so die Traumata Vietnam und Watergate langsam in den Hintergrund rückte.

Das politische und sozialpsychologische Klima der USA in diesem Jahrzehnt ist inzwischen in zahlreichen Büchern aufgearbeitet. Hier nur soviel: Durch den eher traditionellen altkonservativen Republikaner Ronald Reagan - von vielen als charismatisch erlebt - gelang es, die verschiedenen Strömungen der politischen Rechten in der sogenannten „Reagan-Koalition“ zu vereinen, sodaß dieser Neokonservatismus die 80er Jahre in Washington bestimmte. Seine Stärke besteht bis heute in erster Linie darin, daß er über einflußreiche finanzstarke Anhänger sowie über eine hervorragende Organisationsstruktur mit einer Vielzahl an sympathisierenden Institutionen verfügt.

Die von diesen nordamerikanischen Neokonservativen vertretenen Positionen sind häufig zwiespältig - das gilt auch und gerade für die Einstellungen gegenüber den Massenmedien. Einerseits konnte es keinen Zweifel geben, daß der investigative Journalismus generell auf die Liste seiner Feinde gesetzt wurde, andererseits hat aber die Reagan-Administration eine ganz neue Geschicklichkeit und Virtuosität entwickelt, um die eigenen Standpunkte in den Medien zu plazieren und zu verlautbaren. Dazu gehörten extensive Public Relations-Kampagnen ebenso wie ein wohlfinanziertes Monitoring der Medien. Die sich als überparteilich verstehenden Medien wurden dabei als linkslastig eingestuft, aber gleichzeitig zum Beispiel für regelmäßige Zeitungskolumnen in Anspruch genommen. Daneben aber gab es vor allem eine Vielzahl von in der Regel nicht tagesbezogenen Publikationen aus dem eigenen ideologischen Lager (Commentary; Public Interest; Politic Review; Public Opinion).

In der Retrospektive wird dieses Jahrzehnt aus die Ära eines großen Kommunikators und einer spezifisch massenmedialen Präsidentschaft analysiert. Als ehemaliger Schauspieler und Sport-Kommentator bei der Radiostation WHO in Iowa war er im Umgang mit den Medien und der Öffentlichkeit geübt - Erfahrungen, die in der Politik heute als Plus und nicht mehr als Minus gelten müssen. Bei Reagans Auftritten in dem für die Vereinigten Staaten so besonders wichtigen Medium Fernsehen konnte man den Eindruck gewinnen, daß er das Präsidentenamt als „Rolle“ interpretierte und sich entsprechend darstellte. Dabei bedurften die Auftritte einer akribischen Vorbereitung durch seinen für Public Relations zuständigen Beraterstab, da er in freier Rede oder bei Abweichen vom vorgegebenen Drehbuch häufig unpräzise und sogar sachlich falsche Äußerungen machte. Ausgearbeitete Reden, also Ansprachen mit Verlautbarungscharakter in Verbindung mit Reagans darstellerischem Können waren demnach eines der bedeutendsten kommunikationspolitischen Instrumente dieser Regierung.

Auf Pressekonferenzen stellten aber auch vorgefaßte Reden ein gewisses Risiko dar, da sie unvermeidlich mit Zwischenfragen der anwesenden Journalisten verbunden waren. Aus diesem Grund gab Ronald Reagan im Durchschnitt lediglich 0,5 Pressekonferenzen im Monat, während Franklin D. Roosevelt noch 6,9 gegeben hatte und Lyndon B. Johnson 2,2. Entscheidend aber war, daß Reagan neben seinem publikumswirksamen Image die neokonservative Grundstimmung der Öffentlichkeit verkörperte, so daß er seinen Umgang mit den Medien in populistischer Art und Weise betreiben konnte. Eine kritische Berichterstattung über den Präsidenten war gleichzeitig im Verständnis dieses Teiles der amerikanischen Gesellschaft eine Kritik an den uramerikanischen Werten. Enthüllungen über Mißstände in der Administration waren also gleichzeitig ein Angriff auf das amerikanische Nationalempfinden, und das mußte zwangsweise Sanktionen gegen die recherchierenden Journalisten und ihr jeweiliges Medium zur Folge haben. Die Sanktion, die die US-Öffentlichkeit dem investigativen Journalismus in den 80er Jahren entgegenbrachte war - Desinteresse!

So beobachtete die New York Times schon Anfang 1983 fast resigniert:

„Tatsächlich stellt der Präsident auch weiterhin anfechtbare Tatsachenbehauptungen auf, aber die Berichterstattung der Medien beschäftigt sich nicht mehr so ausführlich wie früher damit. Aus der Sicht der Beamten des Weißen Hauses spiegelt die nachlassende Berichterstattung ein Nachlassen des Interesses in der breiten Öffentlichkeit wieder.“

Und weiter:

„Die Reporter, die über das Weiße Haus berichten, sind willens und imstande, Lügen bloßzustellen und schaffen so die Grundlage für informierte und entrüstete Meinungsäußerungen. Aber die Öffentlichkeit lehnt es offenbar dankend ab, sich dafür zu interessieren. Auf Presseberichte über Vertuschungsversuche im Weißen Haus hat die Öffentlichkeit mit dem berühmten Ausspruch der Königin Victoria geantwortet: We are not amused.“⁶

Die Sanktion der Regierung fiel nicht minder schwerwiegend für die Enthüllungsreporter aus. Wer über ausgegebene Verlautbarungen hinaus kritisch recherchierte, mußte damit rechnen, in Zukunft von den für Medienkontakte zuständigen Offiziellen gemieden zu werden eine professionell kritische Situation, denn kein Journalist kommt ohne Presseerklärung oder andere Formen des Informationszuflusses aus:

„Wer in Washington journalistische Karriere machen möchte, braucht mehr denn je „access“, Zugang, den aber garantiert nur journalistisches Wohlverhalten. Die Enthüllungsgeschichten, die offiziellen Verlautbarungen widersprechen, enden nicht selten damit, daß der Verfasser von Insidern und Mächtigen geschnitten wird, womit sein Wert innerhalb der Medienhierarchie sinkt. Risikoloser ist, das fertig servierte Wissen eines Regierungsmitgliedes zu übernehmen, dessen Identität zu seinem Schutz verschleiert bleibt. Das war ein guter Deal für alle Beteiligten, die Journalisten durften sich über ihren Zugang freuen, die schattenhaften Informanten darüber, daß sie die Medien an der Leine hatten, Verlierer waren die Leser und Fernsehzuschauer.“⁷

Da sich Journalisten diesen Zugang zu administrativen Stellen in aller Regel nicht verbauen wollen und können, setzt bei ihnen tendenziell ein Prozeß der Selbstzensur ein. Aufgrund der Tatsache, daß sich die große Mehrzahl der im Weißen Haus akkreditierten Reporter diesem latenten Kontrollmechanismus unterwarf fand in den 80er Jahren eine starke Homogenisierung der Medienberichterstattung statt, bei der der Verlautbarungsjournalismus zwangsläufig überwiegen mußte.

⁶ Niel Postman, *Wir amüsieren uns zu Tode. Unterhaltung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie*. Aus dem amerikanischen übersetzt von Reinhard Kaiser, Frankfurt am Main, 2. Aufl., 1985, S. 134

⁷ Der Spiegel, Nr. 20/44. Jg. 1990, 200

Für das Funktionieren dieses Systems benötigte die Reagan-Regierung einen Mitarbeiterstab, der ideologisch zuverlässig war, damit beispielsweise leaks vermieden wurden, die dem investigativen Journalismus in der Regel ja erst in Gang setzen. Außerdem mußte sich dieser Stab im Umgang mit den Medien exzellent auskennen. Um die leaks zu stopfen, ließ der Präsident im März 1983 - unter Berufung auf die in solchen Zusammenhängen in der Regel bemühte „nationale Sicherheit“ - eine später freilich wieder zurückgenommene Direktive, wonach Reden und Schriftstücke von ungefähr 200.000 Beamten hätten zensiert und mehrere tausend Offizielle, die angeblich Geheimmaterial hatten durchsickern lassen, Lügendetektortests unterzogen werden durften.

Was die Kompetenz seiner Mitarbeiter anlangte, konnte Ronald Reagan auf ein geschicktes und erfahrenes PR-Team bauen. Einige seiner Öffentlichkeitsarbeiter waren bereits in der Nixon-Administration tätig gewesen. Dazu zählte vor allem David Gergen, der für Nixon Reden geschrieben hatte und Reagans erster „Director of Communications“ war, sowie der Journalist Patrick Buchanan, der Gergen später ablöste. Zu den PR-Leuten, die das Reagan'sche Image besonders geprägt haben, gehören Larry Speakes, bis 1987 Pressesprecher des Weißen Hauses und Michael K. Deaver, der als ein förmlicher PR-Magier galt und dem es in erster Linie zu verdanken war, daß Reagans Fähigkeiten zur Selbstdarstellung optimal in Szene gesetzt wurden, so daß man seiner Regierungszeit in der Retrospektive den Titel einer massenmedialen Präsidentschaft gegeben hat.

Neben solchen Einzelpersonen waren es eine Reihe von Institutionen, die um das Bild der Reagan-Regierung in den amerikanischen Massenmedien bemüht waren, so das „Office of the Press Secretary“ oder das „Office of Media Liaison“ in der Iran-Contra-Affäre spielte das „Office of Public Diplomacy for Latin America and the Caribbean“, eine besondere Rolle. Es handelte sich dabei um eine untergeordnete Behörde des Außenministeriums, die von ihren Kritikern als das erste Propagandaministerium in Friedenszeiten bezeichnet wurde. Besondere Virtuosität entwickelte dieses Büro beim planmäßigen Durchsickern lassen bestimmter Informationen („strategic leaking“) an publikationsbereite Journalisten zu taktisch günstigen Zeitpunkten. Weiter wurde massiver Druck der unterschiedlichsten Art auf die Journalisten ausgeübt, die das offiziöse Material nicht in der erwünschten Lesart wiedergaben.

So waren schließlich wichtige Instrumente der Apologie und Legitimation entstanden, während die Bedingungen für Recherche und Investigation sich umgekehrt im gleichen Ausmaße verschlechtert hatten. An der in dieser Situation

sich abspielenden Iran-Contra-Affäre läßt sich dieser Zustand einer Beschränkung journalistischer Freiheit jenseits von Recht und Gericht klar analysieren.

Kurz zur Erinnerung eine Chronologie: Spätestens seit dem 4. November 1979, als rund hundert Personen von radikal-schiitischen Muslimen in der US-Botschaft von Teheran als Geiseln genommen wurden, galt das Regime des Ajatollah Khomeini als Unterstützer des internationalen Terrorismus. Noch am selben Tag verhängte der damalige Präsident Carter ein Waffenembargo gegen den Iran, zu dessen Einhaltung man auch die anderen Länder der westlichen Welt drängte. Unter Umgehung dieses Embargos und der Bestimmungen des Waffenexport-Kontrollgesetzes wurden von August 1985 bis Oktober 1986 sechs Transaktionen nach Persien durchgeführt. Mit dieser Aktion sollten zwei Absichten der amerikanischen Regierung verfolgt werden. Zum einen bestand die Hoffnung, daß man mit den Raketenlieferungen die moderaten Khomeini-feindlichen Kräfte im Iran für die US-Position gewinnen und sich so gegenüber der UdSSR einen Vorteil in diesem geostrategisch so wichtigen Land verschaffen könnte. Zum andern hielt die fundamentalistische pro-iranische Terrororganisation Hizballah seit geraumer Zeit amerikanische Bürger in der libanesischen Hauptstadt Beirut gefangen, und die Reagan-Administration sah in dem Waffengeschäft ein Mittel, über die Mullahs in Teheran eine Freilassung der Geiseln zu erwirken.

Für die Planung und Durchführung der Waffenverkäufe war eine Behörde zuständig die schon 1947 durch den National Security Act (NSC) ins Leben gerufen worden war. Ronald Reagan autorisierte die Waffenlieferungen in zwei sogenannten „Findings“ vom 6. bzw. 17. Januar 1986, beziehungsweise gab er nach Aussagen Beteiligten seine Einwilligung bereits im August 1985, also noch vor der ersten Transaktion. Durch Enthüllungen in Teheran bzw. im Libanon wurden diese Sachverhalte schon im November 1986 bekannt. Aber noch am 13. November 1986 hielt Ronald Reagan eine Fernsehansprache an das amerikanische Volk, in der er das Waffen-gegen-Geiseln-Geschäft mit dem Khomeini-Regime vehement bestritt.

Der zweite Teil der Geschichte betraf die militärische Unterstützung der nicaraguanischen Contras, die seit 1979 einen Guerillakrieg gegen das kommunistische Sandinistenregime führten. Am 1. Dezember 1983 unterzeichnete Ronald Reagan eine Verordnung, die dem Pentagon und dem CIA die Aufbringung von Mitteln mit dem Ziel, die Regierung Nicaraguas zu stürzen, untersagte. Am 3. Oktober 1984 verabschiedete der US-Kongreß eine verschärfte Neufassung dieses Gesetzes, wonach es allen in Geheimdienstaktivitäten verwickelten Personen oder Behörden verboten war, eine direkte oder indirekte Unterstützung

militärischer Operationen in Nicaragua zu leisten. Unter Mißachtung dieser Regelungen baute Oberstleutnant North vom Nationalen Sicherheitsrat seit dem März 1985 ein Netzwerk privater Zuwendungsquellen für die Contras auf. Aufgedeckt wurden diese Vorgänge am 5. Oktober 1986, als sandinistische Einheiten ein Flugzeug über nicaraguanischem Territorium abschossen, das Versorgungsgüter und Waffen für die Rebellen transportierte.

Aus diesen beiden Teilvorgängen wurde die Iran-Contra-Affäre. Für die von den Vereinigten Staaten gelieferten Abwehrraketen zahlte der Iran eine Summe zwischen 22 und 42 Millionen Dollar; ein Teil dieses Betrages wurde über Schweizer Konten an die Aufständischen in Nicaragua überwiesen. In der Summe war diese Affäre für die Reagan-Regierung eine Katastrophe. Ab dem 5. Mai 1987 begannen die Anhörungen vor dem Iran-Contra-Untersuchungsausschuß des Kongresses, die im amerikanischen Fernsehen live übertragen wurden.

Wie nun ging der Journalismus mit diesen Vorgängen um? Um diese Frage zu beantworten, wurden fünf Magazine für eine inhaltsanalytische Untersuchung ausgewählt:

- das Nachrichtenmagazin Time
- das Nachrichtenmagazin Newsweek
- das Nachrichtenmagazin US News & World Report
- die vierzehntägig erscheinende Zeitschrift National Preview
- die Monatszeitschrift Commentary

Aus Umfangsgründen wird hier auf die Ausbreitung der methodischen Einzelheiten verzichtet. Insgesamt wurden 131 Beiträge daraufhin überprüft, ob sie durch eine investigative Berichterstattung zur Aufdeckung der Iran-Contra-Affäre bzw. von Teilaspekten des Skandals beigetragen haben. Insgesamt bezogen sich über 350 Artikel auf dieses Thema. Die Auswahl erfolgte im Hinblick auf bestimmte kritische Zeitpunkte der Ereignisse.

Den sozusagen bissigen Zugriff eines funktionierenden investigativen Journalismus sucht man in allen Beiträgen vergebens. Nur zwei Beiträge machen selbst auf diesen hier gebotenen Zugriff aufmerksam. Aber auch der dann folgende Bericht in Newsweek muß auf Zusatzinformationen aus offiziellen Quellen zurückgreifen, um zusammen mit den eigenen Recherchen überhaupt zu einer Newsstory zusammengefügt werden zu können. Und auch in einem

vergleichbaren Beitrag von US News & World Report waren es administrative Verlautbarungen, die erst eine enthüllungsträchtige Geschichte ermöglichten.

Wie aber stand es um die Recherchemöglichkeiten vor dem 25. November 1986, als offiziell auf einer Pressekonferenz die Vorgänge enthüllt worden waren? Vor diesem Tag hätte investigativer Journalismus seiner Funktion ideal dadurch gerecht werden können, daß er Vorgänge aus dem Bereich der Unge-
wissenheit heraushebt und sie vor erklärenden Verlautbarungen oder eventuellen Geständnissen der Betroffenen aufdeckt. Als erster Untersuchungszeitpunkt, der dies zugelassen hätte, ist der 8. August 1985 anzusehen, und tatsächlich nahmen die drei großen Nachrichtenmagazine auch bezug auf den entsprechenden New York Times-Artikel dieses Tages. Aber Time reichte die Befragung eines Regierungsbeamten als Recherche offenbar aus, um zu dem Schluß zu kommen, daß der namentlich nicht genannte NSC-Mitarbeiter - gemeint ist Oliver North - vermutlich keine Parlamentsbeschlüsse mißachtet habe. Auch in Folgeheften des Magazins ist diese frühe Spur zum Nicaragua-Teil der Affäre nicht mit investigativen Mitteln weiterverfolgt worden. Ähnlich verfuhr US-News und ließ die Informationen der Zeitung ohne weitere journalistische Nachforschungen auf sich beruhen. Newsweek immerhin gab die Identität von Oliver North preis, obgleich es ein Ersuchen aus dem Weißen Haus gab, den Namen des verdächtigen NSC-Offiziers geheimzuhalten. Die anderen dagegen unterliefen diesen Vertuschungsversuch nicht.

Ähnlich passiv blieben die untersuchten Blätter gegenüber weiteren Begebenheiten. Selbst der Abschluß des amerikanischen Transportflugzeuges, durch den der Söldner Eugene Hasenfus in die Gefangenschaft der Sandinisten geriet, provozierte keine eigenständige Recherche. Vielmehr wurde der Söldner von den Sandinisten dazu gezwungen auf mehreren Pressekonferenzen bzw. vor einem Gericht in Managua über seine Kontakte zu amerikanischen Regierungsstellen auszusagen und somit als „leak“ zu fungieren. Die Aufdeckung des Contra-Skandals muß indirekt also den Verlautbarungen der Sandinisten zugeschrieben werden.

So blieb zuerst auch verborgen, was diese Vorgänge in Nicaragua mit denen im Iran zu tun hatten. Auch die Aufdeckung der Iran-Affäre am 3. November 1986 basierte nicht auf journalistischen Recherchen. Zwar war es ein Massenmedium - das libanesische Wochenmagazin „Al-Shira“ -, das zuerst die geheimen Beziehungen zwischen Washington und dem Khomeini-Regime andeutete, doch die Zeitschrift hatte das Material ohne aktives Zutun von radikalen Schiiten aus Syrien, die eine iranisch-amerikanische Zusammenarbeit sabotieren wollten, zugespielt bekommen. In einer Rede - also auf dem Verlautbarungsweg - be-

stätigte Parlamentssprecher Rafsandschani den Bericht des Beirut Magazine. Erst nachdem die Iran-Geschichte durch den Artikel des libanesischen Journalisten durchgesickert war, setzten nun nachprüfende Recherchen und eine extensive Berichterstattung bei den US-Nachrichtenmagazinen ein. Allerdings gelang es keinem der Magazine, die Verbindung zwischen den Geldern aus dem Waffentransfer und der finanziellen Unterstützung der Contras herzustellen, obwohl die beiden Teilskandale sich in der Retrospektive als parallel verlaufende Krisen der Reagan-Regierung darstellen.

Eine der letzten Gelegenheiten, die Iran-Contra-Affäre vielleicht doch noch durch journalistische Nachforschungen auf die Spur zu kommen, war Reagans TV-Ansprache vom 13. November 1986, in der er die Behauptungen des Al-Shira-Artikels vehement bestritt. Die Medien berichteten über den Inhalt dieser Rede, aber sie stellte auch wieder keine Initialzündung für weitergehendere Recherchen dar. Am 25. November 1986 wurde die Iran-Contra-Affäre schließlich dadurch aufgedeckt, daß Justizminister Edwin Meese auf einer Pressekonferenz die anwesenden Medienvertreter davon unterrichtete, daß die Profite aus dem Waffengeschäft mit dem Iran an die nicaraguanischen Contras weitergeleitet worden seien. Es war der erzkonservative Kolumnist und Medienberater des Präsidenten, Patrick Buchanan, der die Ironie dieser Geschichte, daß die Enthüllung eines Skandals auf die Verlautbarung der Reagan-Administration zurückzuführen war, auf den Punkt brachte: In einer Äußerung, die von Time zitiert wurde, schlug er Reagan und Meese für den Pulitzer-Preis vor, weil sie schließlich die Woodwards und Bernsteins dieses Falles gewesen seien!

Sofort nach Bekanntgabe der Sensation setzte bei den Nachrichtenmagazinen konsequenterweise eine zum Teil sehr umfangreiche Berichterstattung ein. Besonders Time und Newsweek allerdings sehen sich auch jetzt noch nicht zu einer aktiven oder nachprüfenden Recherchetätigkeit provoziert. Offenbar wurden die Zeitschriften so von der offiziellen Aufdeckung der Affäre überrascht, daß sie sich zunächst damit begnügen mußten, die Ereignisse von der Pressekonferenz zu referieren und mit bereits bekannten Informationen über die Vorgänge zu ergänzen. Erst die dann folgenden Ausgaben lassen wieder Anhaltspunkte für einen investigativen Journalismus erkennen - natürlich nun nur über Details des längst publik gemachten Ärgernisses. Als das bedeutendste Rechercheinstrument zur nachträglichen Konstruktion der NSC-Machenschaften erwies sich das Interview, also die Befragung von mutmaßlichen Akteuren der Iran-Contra-Affäre. Weitere wichtige Informationsquellen der ausgewählten Magazine und der anderen US-Medien waren die zuständigen Parlamentsaus-

schüsse - sowohl die öffentlich zugänglichen Zeugenaussagen als auch durchgeschickertes Material aus geschlossenen Sitzungen. So werden nun langsam Vorgeschichte und Ursprünge der Affäre aufgearbeitet.

Die administrative Offenlegung des Skandals wird aber weiter in chronologischer Abfolge von den untersuchten Magazinen lediglich passiv begleitet. So standen TV-Ansprachen Pressekonferenzen und Zeugenaussagen im Vordergrund und nicht irgendwelche Ergebnisse journalistischer Eigenleistungen der Recherche und Investigation. Der Arkanpolitik der Administration Reagan stand also keine wirksame öffentliche Kontrolle gegenüber, die sich als journalistische Leistung identifizieren läßt.

An diesem Sachverhalt ist in den USA durchaus lebhaft Kritik geäußert worden - in den Medien selbst wie auch in der wissenschaftlichen Literatur. Willfährig und angepaßt wurde der amerikanische Journalismus dieser Zeit genannt. Kritiker zeigen sich verblüfft, daß den Dementis der Administration einfach geglaubt wurde. Für sie hat diese Affäre schonungslos offenbart, daß die interdependente Zusammenarbeit zwischen Medienschaffenden und politischen Amtsträgern, zu einem Dilemma wird, wenn er fast nur aus ungeprüften Verlautbarungen besteht und Recherchen und Enthüllungen zu ersetzen trachtet. Andere Kritik betrifft die plumpe Sprache, in der Presse und Rundfunk über den Skandal berichteten und insbesondere die ebenso unmerkliche wie unkontrollierte Glorifizierung des Protagonisten in dieser Angelegenheit, Oliver North, durch das amerikanische Fernsehen.

Die Iran-gate-Berichterstattung hatte jedenfalls einen enormen Glaubwürdigkeitsverlust des US-Journalismus zur Folge. Andererseits war es das Desinteresse großer Teile der amerikanischen Gesellschaft, die zu diesem Erlahmen eines recherchierenden Journalismus schließlich beitrugen.

Zusammengefaßt läßt sich also aus dieser Untersuchung über weder exekutive, noch judikative Grenzen journalistischer Freiheit lernen: Je stärker sich die US-Magazine am neokonservativen Meinungsklima der Bevölkerung (also ihren Rezipienten) orientierten und/oder je stärker sie sich der restriktiven Medienpolitik der Reagan-Administration unterordneten, desto weniger Hinweise auf investigativen Journalismus gibt es in ihrer Berichterstattung über die Iran-Contra-Affäre. Das neokonservative Meinungsklima wurde zu einer restriktiven Randbedingung für den investigativen Journalismus. Die dabei sich ergebenden Mechanismen sind nicht zuletzt ökonomischer Art, da gerade solche journalistischen Leistungen wirtschaftlich erfolgreiche und gesunde Medienunternehmen voraussetzen. Die Sanktion, die die Rezipienten dem investi-

gativen Journalismus in der Reagan-Ära entgegenbrachten, war schlichtes Desinteresse gegenüber den recherchierten Sachverhalten.

Andererseits gewann die politische Public Relations an Bedeutung, die sich häufig als Restriktion im Zugang zu Informationen auswirkte. So waren es eher Zufälle als professionelle Recherche, die die geheime Diplomatie des Weißen Hauses zum öffentlichen Skandal machten. Viele Fragen sind auch zehn Jahre später noch offen - nicht zuletzt, weil Beteiligte wie Oliver North wichtige Dokumente dem Reißwolf überantworteten.

Für die hier vertretene These aber geht es weniger um die historischen Details als um die strukturellen Zusammenhänge. Auch in einem Lande, in dem Rede- und Pressefreiheit aus langer demokratischer Tradition ein hohes Gut darstellen, ist diese systematisch gefährdet. Daß daraus letztlich keine gesellschafts- und demokratiegefährdenden Potentiale werden können, dafür sorgt in den USA eine immer sensible professionelle Selbstkritik. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür waren zuletzt die kritische Auseinandersetzung mit der Berichterstattung über den Irak Krieg.⁸ Und am Ende der 90er Jahre wurde Monicagate (!) zum neuen Schulbeispiel, das nun freilich noch ganz andere und neue Fragen über das Verhältnis von Journalismus, Politik und Gesellschaft aufwirft.

⁸ John Mac Arthur, *Second Front, Censorship and Propaganda in the Gulf War*, New York 1992/93 (dt. Übersetzung: *Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkaufen*, München 1993)